



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

über die Sitzung

des Behindertenbeirates der Stadt Mainz

am 21.06.2011

Anwesend

- Vorsitz

Wallbrecher, Ursula

- beratende Mitglieder

Ebner, Gabriele
Skipalski, Klaus

- Mitglieder

Boos-Waidosch, Marita
Brandt, Luise
Dietz, David
Ekkardt, Ralf
Elsner, Thomas
Hofmann, Kai (Vertreter für Herrn Trautmann)
Jaensch, Ruth
Mansmann, Stephanie
Neger, Thomas (Urkundsperson)
Rösch, Matthias
Sties, Nora

- Gäste

Bockholt, Michael
Pitsch, Martin
Rausch, Christian

- Schriftführung

Wepler, Susan

Entschuldigt fehlen

- Verwaltung

Merkator, Kurt

- beratende Mitglieder

Cudina, Zeljko
Hauschild, Petra
Hensel, Claus
Herholz, Manfred
Häusler, Eveline
Odenwald, Jessica
Ramb, Magdalena (Vertreter für Frau Häusler)
Storck, Joachim (Vertreter für Frau Hauschild)

- Mitglieder

Atalay, Yilmaz (Vertretung für Herrn Terno)

Bender-Köter, Gabriele

Bott, Karin (Vertretung für Frau Kultschak-Etges)

Böhme, Friedrich

Kräuter-Uhrig, Angelika (Vertreter für Frau Rittmann)

Kultschak-Etges, Monika

Rittmann, Claudia

Terno, Hans-Peter

Trautmann, Klaus

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Verabschiedung eines Mitgliedes
2. Sachstandsberichte
 - 2.1. Schaffung neuer Integrationsbetriebe
 - 2.2. Kurzbericht zu Barcelona-Erklärung
 - 2.3. Antwort auf Antrag 0343/2011 Weitergabe von Informationen durch die Stadtverwaltung an den Behindertenbeirat
3. Antrag
 - 3.1. Internetseite "Barrierefreier Tourismus"
4. Bericht zur Begehung "Coface-Arena"
5. Einwohnerfragestunde
6. Berichte aus den Gremien
7. Mitteilungen/Verschiedenes
 - 7.1. Auswertung Theaterfest
 - 7.2. Auswertung Europäischer Protesttag für die Gleichstellung

öffentlich

Punkt 1 **Verabschiedung eines Mitgliedes**

Frau Wallbrecher dankt Frau Brandt für die langjährige Zusammenarbeit und Unterstützung. Sie war seit Beginn Mitglied des Behindertenbeirates.
Frau Davis wird ihr Mandat übernehmen.

Punkt 2 **Sachstandsberichte**

Punkt 2.1 **Schaffung neuer Integrationsbetriebe** **Bericht: Dez. I** **Vorlage: 0349/2011**

Herr Rausch, Amtsleiter Amt f. Steuerung u. Personal, berichtet, dass sich die Verwaltung bemüht, neue Integrationsbetriebe zu gründen. Dies sei aber bisher nicht gelungen, da in der Praxis die Vorschriften zur Anerkennung eines Integrationsbetriebes die Gründung sehr erschweren: Als Bedingung dafür, dass ein Betrieb als Integrationsbetrieb gefördert werden kann, wird eine nachweisbare Minderleistung der angestellten Menschen mit Behinderungen angeführt. Für den Integrationsbetrieb „Telefon Hotline 115“ waren Rollstuhlfahrer/Rollstuhlfahrerinnen und Blinde vorgesehen. Diese erfüllten aber nicht die Minderleistung. Daher konnte aus der „Hotline“ kein Integrationsbetrieb gemacht werden. Herr Rausch versichert, dass die Stadt Mainz weiterhin versuchen wird, die Einrichtung von Integrationsbetrieben zu prüfen. Das beziehe sich auf alle Bereiche. Es wird angestrebt, sich Unterstützung auf Landesebene zu holen.

Herr Rausch schildert, dass bei der Stadt Mainz zurzeit verstärkt Einstellungen bei den Erzieherinnen und Müllwerkern laufen, aber in diesen Bereichen sind Menschen mit Behinderungen wenig vertreten. Das ist ein Umstand, der sich auf die ohnehin sinkende Beschäftigungsquote Schwerbehinderter auswirkt. Die Beschäftigungsquote der schwerbehinderten Mitarbeiter der Stadt Mainz droht unter die 5 %-Grenze zu sinken, da viele schwerbehinderte Mitarbeiter in den kommenden Jahren in Rente gehen. Herr Rausch betont, dass die Verwaltung sich für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen einsetzen wird. Vorschläge seitens des Behindertenbeirates sind erwünscht, so der Amtsleiter. Die Verwaltung wird auf den Behindertenbeirat zukommen.

Herr Rösch schlägt vor, dass zu den Sitzungen des AK „Soziale Leistungen, Arbeit und Bildung“ ein Referent von Seiten des Landes kommen könnte. Es sei kein gutes Zeichen, wenn die Stadt Mainz unter die 5 %-Beschäftigungsquote fallen würde. Der Amtsleiter betont erneut, dass Menschen mit Behinderungen bevorzugt eingestellt werden. Es wird nach den Kontakten zu den anderen Ämtern und Betrieben der Stadt gefragt. Herr Rausch stellt fest, dass es Abstimmungen zwischen den einzelnen Ämtern gibt.

Frau Boos-Waidosch bedauert, dass die Lage sich derzeit so negativ darstellt und macht den Vorschlag, dass das Arbeiten mit Arbeitsassistenten auch eine Möglich-

keit ist, Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen. Als positives Beispiel für einen Integrationsbetrieb nennt sie das Catering im Naturhistorischen Museum. Aus der Mitte des Behindertenbeirates wird bemängelt, dass nur Blinde und Rollstuhlfahrer/Rollstuhlfahrerinnen für die „Hotline“ angedacht sind. Es wird darauf hingewiesen, dass gerade Mitarbeiter aus den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) gute Kandidaten für Integrationsbetriebe seien, da diese Minderleistungsausgleiche bekommen und noch nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben. Blinde und Rollstuhlfahrer/-fahrerinnen seien schon auf dem ersten Arbeitsmarkt. Gerade in den Kitas sei es sinnvoll, Erzieher/Erzieherinnen mit Behinderungen zu beschäftigen. Herr Rausch äußert, dass es zurzeit schwierig ist, überhaupt Erzieher/Erzieherinnen zu bekommen, umso mehr solche mit Behinderungen. Für die „Hotline“ können Behinderte und Nichtbehinderte sich weiterhin bewerben. Es wird nach der Nutzung von Hilfsprogrammen wie z. B. dem „Budget für Arbeit“ gefragt. Herr Rausch sieht diesbezüglich derzeit keine Chancen. Aus der Mitte des Beirates wird die Frage gestellt, ob in der Stadtgärtnerei selbst auch Gärtner ausgebildet oder nur Gärtner mit einer abgeschlossenen Ausbildung eingestellt werden. Herr Rausch weist darauf hin, dass nur Gärtner mit einer abgeschlossenen Ausbildung eingestellt werden. Es wird angeregt, dass mit einem Ausbildungsbereich Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden könnten. Praktika seien ebenfalls eine Möglichkeit, Menschen mit Behinderungen eine Chance zu geben, so Frau Sties. Mögliche Kandidaten für ein Praktikum könnte sie benennen. Den Anwesenden ist bewusst, dass der Öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion hat, aber auch die Aspekte der Wirtschaftlichkeit dürften nicht vergessen werden.

Auch Frau Boos-Waidosch hebt die Möglichkeit der Praktika hervor. Diese Möglichkeit sei positiv für beide Seiten.

Der Behindertenbeirat nimmt den Sachstandsbericht mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zur Kenntnis.

Punkt 2.2 **Kurzbericht zu Barcelona-Erklärung** **Bericht: Frau Hain**

Frau Hain stellt den Sachstandsbericht zur Barcelona-Erklärung vor (die Beschlussvorlage hat am 1.3.2011 schon vorgelegen).

Anhand einer PowerPoint-Präsentation (s. Anhang) gibt sie einen Überblick über die Geschichte der Barcelona-Erklärung und das bisher Erreichte:

Das Land Rheinland-Pfalz hat 2010 einen Aktionsplan verabschiedet. Der Stadtrat und der Behindertenbeirat beauftragten die Verwaltung, gemeinsam mit dem Behindertenbeirat einen Aktionsplan auf kommunaler Ebene zu entwickeln.

Frau Hain schildert, dass in Kindergärten und Schulen ein Anfang gemacht wurde, Kinder mit Behinderungen zu integrieren. Seitens der Stadt wurden Anstrengungen unternommen, die Stadt barrierefreier zu gestalten.

Frau Sties weist darauf hin, dass ihrer Ansicht nach in Mainz noch keine Inklusion in den Schulen stattfindet; sie nennt das, was bisher geschieht, höchstens einen integrativen Ansatz. Mit dem Projekt „Die Schule rollt“ soll den Kindern vermittelt

werden, dass Behinderung nicht nur Negatives bedeuten muss, sondern es auch möglich ist, Spaß zu haben.

In Mainz gibt es vier Wohnstätten für Menschen mit Behinderungen. Ebenso wird Betreutes Wohnen angeboten. Außerdem gibt es Menschen mit Behinderungen, die das „Persönliche Budget“ nutzen.

Frau Jaensch teilt mit, dass der Server, auf dem der barrierefreie Stadtführer von 2000 abgelegt war, abgeschaltet wurde. Für die Neuauflage des Stadtführers „Barrierefreies Mainz“ wird die Federführung innerhalb der Verwaltung noch festgelegt. Der Stadtrat hat seine Unterstützung signalisiert, und da der Server abgeschaltet ist, hofft Herr Rösch auf einen baldigen Vollzug.

Frau Boos-Waidosch dankt Frau Hain für die Ausführungen und bittet die anwesende Presse, die Arbeitskreise „Barrierefreies Mainz“ und „Soziale Leistungen“ bekannt zu machen. Sie bittet um eine baldige Klärung über die Federführung. Es wäre auch zu klären, ob der Führer zur Barrierefreiheit ausschließlich im Internet oder auch als Buch veröffentlicht werden soll.

Aus der Mitte des Beirates wird der Wunsch nach einer Info-Plattform geäußert, auf der Betroffene die Möglichkeit zum Austausch haben. Herr Neger macht auf die Internetplattform „myhandicap.ch“, die einer Schweizer Stiftung gehört, aufmerksam. Die Seiten zur Barrierefreiheit der Homepage der Stadt Mainz könnten mit „myhandicap.ch“ verlinkt werden. Die Vorsitzende berichtet, dass sie als Mitarbeiterin des Landesmuseums Mainz bereits gute Erfahrung mit dieser Plattform gemacht hat, die umsonst zu bedienen ist und als App auf iPhones geladen werden kann. Zur Datenerhebung könnten Personen aus den jeweiligen Ortsteilen zur Hilfe gewonnen werden.

Herr Dietz weist darauf hin, dass die Vermarktung des Stadtführers „Barrierefreies Mainz“ verbessert werden sollte. Der Behindertenbeirat sollte diesbezüglich der Verwaltung einen Impuls geben. Einzelne Mitglieder des Beirates äußern, dass die Datenpflege das Hauptproblem sei. Der Behindertenbeirat will die Sachlage weiter beobachten.

Punkt 2.3 **Antwort auf Antrag 0343/2011 Weitergabe von Informationen durch die Stadtverwaltung an den Behindertenbeirat**

Die Antwort der Verwaltung wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 **Antrag**

Punkt 3.1 **Internetseite "Barrierefreier Tourismus"**

Der Antrag wird durch Frau Wallbrecher verlesen. Aus der Mitte des Beirates wird der Wunsch geäußert, den Antrag zu erweitern und auf der Internetseite „Barrierefreier Tourismus“ auch die Möglichkeit einer spanischen Übersetzung zu bieten. Es werden Bedenken geäußert, dass Interessierte dann durch die Internetseite zumindest in einer Fremdsprache auf die Angebote für Menschen mit Behinderungen aufmerksam gemacht würden, aber viele der realen Angebote (z. B. der Stadtführer „Barrierefreies Mainz“ als Buch) nur in Deutsch erhältlich sind.

Der Behindertenbeirat beschließt den Antrag mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Punkt 4 **Bericht zur Begehung "Coface-Arena"**

Frau Boos-Waidosch berichtet von ihrer Begehung der Coface-Arena und äußert sich sehr lobend über die Umsetzung der Barrierefreiheit. Als besonders gelungen hebt sie die in der gesamten Arena niedrig gestalteten Tresen hervor, die für Rollstuhlfahrer/Rollstuhlfahrerinnen gut zugänglich sind. Sie betont, dass das für Deutschland beispielhaft ist. Es wird die Anregung geäußert, dass der Behindertenbeirat einmal in der Coface-Arena tagen könnte.

Einwohnerfragestunde

Punkt 5

Entfällt, da keine Einwohner anwesend sind.

Punkt 6 **Berichte aus den Gremien**

Frau Jaensch berichtet, dass die Sparkasse in Marienborn ihre Filiale schließen will und nur noch einen Selbstbedienungsautomaten anbieten wird. Sie bemängelt, dass die Räumlichkeit, in der der Automat steht, nicht barrierefrei ist. Für die Rollstuhlfahrer/Rollstuhlfahrerinnen ist nicht genügend Platz zum Wenden vorhanden, und auch für Blinde muss der Automat zugänglich sein. Frau Jaensch und Herr Terno haben spontan einen Brief an Herrn Mann, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse, geschrieben, um die Interessen der Betroffenen darzulegen. Nach der Schließung am 30.06.2011 haben Marienborner, die nicht mobil sind und Unterstützung benötigen, keine Möglichkeit mehr, sich am Schalter Geld zu holen. „Ein ganzer Ortsteil wird von der Teilhabe ausgeschlossen“, so Frau Jaensch. Die nächste Filiale in Bretzenheim ist mit dem ÖPNV nicht auf direktem Wege zu erreichen. Der Aufwand, um zu einer Filiale zu kommen, sei für den Personenkreis der Senioren und der Behinderten erheblich. Frau Jaensch regt an, dass die Vorsitzende einen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz schreibt und die Problematik darstellt.

Frau Boos-Waidosch äußert sich verwundert über die Schließung der Filiale, da die Sparkasse eine Zielvereinbarung zur Barrierefreiheit unterzeichnet hat.

Da sich die Vorsitzende in den kommenden drei Wochen im Urlaub befindet, wird die Stellvertretende Vorsitzende zusammen mit Frau Jaensch einen Brief verfassen. Herr Neger regt auch an, einen offenen Brief an die AZ-Mainz zu schreiben, um der Sache Öffentlichkeit zu verleihen und den Druck auf die Sparkasse zu erhöhen, in einen Dialog einzutreten.

Punkt 7 **Mitteilungen/Verschiedenes**

Punkt 7.1 **Auswertung Theaterfest**

Die Vorsitzende berichtet, dass die Aufführung leider nicht so gut besucht war wie erhofft, dass aber sonst alles sehr gut gelaufen sei. Informationen zur Handlung „Tannhäuser“ wurden in Leichter Sprache, in Braille-Schrift, Großdruck und normaler Schriftgröße zur Verfügung gestellt. Gebärdensprachdolmetscher haben die Führung durchs Theater, aber vor allem die gesamte Aufführung in Gebärdens-

sprache übersetzt, und zwar nicht nur den Text, sondern auch die Musik. Die Vorsitzende äußert sich begeistert über den Ablauf. Sie bedauert, dass seitens des Theaters zu wenig Interesse gezeigt wurde. Es soll demnächst ein Termin zur Nachbereitung zwischen der Vorsitzenden, der Behindertenbeauftragten der Stadt, dem Landesbehindertenbeauftragten und dem Theater stattfinden. Die Vorsitzende wünscht sich, dass inklusive Theateraufführungen regelmäßig stattfinden.

Punkt 7.2 Auswertung Europäischer Protesttag für die Gleichstellung

Frau Jaensch berichtet, dass der diesjährige 5. Mai zum 20. Mal gefeiert wurde. In diesem Jahr fanden die Aktionen auf dem Universitätsgelände statt. Die Studenten mit Behinderungen hatten die Gelegenheit, ihre Forderungen nach Barrierefreiheit zu äußern. Frau Jaensch lobt die gute Unterstützung durch die Medien. Es wurden eine Vielzahl von Berichten gesendet und gedruckt. Ihrer Meinung nach war es eine gute Idee, auf den Campus zu gehen. Die Veranstaltung konnte viele und interessierte Besucher anlocken, so Frau Jaensch. Sie sei positiv überrascht über den Zuspruch. Finanzielle Unterstützung erhielt die Veranstaltung durch „Aktion Mensch“.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

gez.
U. Wallbrecher

Vorsitz

gez.
S. Wepler

Schrifführung

gez.
E. Cupovic

Urkundsperson

gez.
T. Neger

Urkundsperson